

Termin mit der Abgeordneten zum Bundestag „Kira Grünberg“ vom 02.07.2020 in Kematen:



VI. Lisi Lerchster, Kira Grünberg, Mark Neuner und Ing. Mag. Karl Medwed

Der AMB Obmann erzählt zur Einleitung die AMB Gründungsgeschichte.

2015/16 im Zuge der Ausarbeitung des Tiroler Teilhabegesetzes (TTHG) wurde vom damaligen Soziallandesrat Gerhard Reheis die Gründung des Vereins AMB angeregt, damit Menschen, die sich selbst nicht vertreten können, durch die Angehörigen eine Stimme bekommen. Auch die Angehörigen brauchen eine Stimme, da ohne die Angehörigen das Thema Behinderung und Pflege zu Hause undenkbar wäre. Die Angehörigenvertretung wurde vom Verein AMB angestrebt und mittlerweile durch die Gründung der ArGe ANiT (Arbeitsgemeinschaft der Angehörigenvereine und Selbsthilfegruppen in Tirol) umgesetzt. Wir dürfen jetzt für uns und unsere Angehörigen mitreden!

Aktuelle Themen werden besprochen:

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen wird von der UN-BRK gefordert und soll von den Regierungen und den Ländern praktisch umgesetzt bzw. ermöglicht werden. Von welcher Teilhabe wird hier gesprochen?

AMB vertritt Menschen mit Behinderungen mit allen Pflegestufen, die oft zu niedrig bemessen sind! Es verrät einem schon der gesunde Menschenverstand, dass zuerst immer die Menschen mit Behinderungen, die es am dringendsten notwendig haben, gefördert und unterstützt werden müssen. Wir fordern daher keinen barrierefreien Weg auf das Matterhorn, sondern menschliche Hilfe, dort wo sie dringend gebraucht wird. Konkret geht es um Geld und Unterstützungsleistungen, aber auch um Gesetze, die das regeln.

Wir Angehörige sind im Betreuungs- und Pflegesystem ein unbezahlter aber unbezahlbarer Faktor, der während der Coronakrise das Überleben vieler Menschen mit Behinderungen gesichert hat.

Dass die Unterstützung der Angehörigen Grenzen hat, ist nachvollziehbar und völlig normal. Die Bundes- und Landesregierung muss sich jetzt endlich um diese Personengruppe kümmern, damit menschliche Tragödien abgewendet werden können. Dazu gehört zum Beispiel die Neuausrichtung der 24h Pflege. Die Ausbeutung und Abhängigkeit von ausländischen Pflegekräften ist ein „No-Go“! Als eines der zehn reichsten Länder der Welt ist es ein Armutszeugnis für Österreich, wie mit ausländischen Pflegekräften, den Pflegebedürftigen und Angehörigen umgegangen wird.

Warum ist die Arbeitszeit einer Pflegekraft nicht einmal so viel wert, wie die einer Reinigungskraft? Eine Unterstützung von lediglich € 500,- / Monat für zwei 24h PflegerInnen ist viel zu wenig! Natürlich, es gibt Einrichtungen, wo man Menschen mit Behinderungen abgeben kann..., doch was bekommen Menschen mit Behinderungen dann...?

Unterbezahlte und viel zu wenige Arbeits- und Pflegekräfte, die nach wenigen Jahren ausgebrannt sind, weil man unter stark verbesserungswürdigen Verhältnissen arbeitet. Für alle Beteiligten eine unwürdige Situation. Nach dem bundesweiten Motto: Mobil vor stationär gäbe es Möglichkeiten das

Thema „24h Pflege“ im Sinne von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen und Pflegekräften auf eine tragfähige und krisensichere Grundlage zu stellen und zwar mit Pflegekräften aus Tirol. Hierbei muss über den Tellerrand geschaut und für die Menschlichkeit gekämpft werden. Wie kann es sein, dass Steuergeld nicht für Menschen verwendet wird, die es dringend benötigen...?

Das Geld, das in Tiroler Pflegekräfte investiert wird, bleibt im Land, schafft Arbeitsplätze, stärkt die heimische Wirtschaft und macht viele Menschen glücklich. Man muss sich nur vorstellen, was mit dem Geld passiert, das ins Ausland geht..., es ist weg und für die heimische Wirtschaft verloren! Hier muss pragmatisch gedacht werden, um eine Lösung zu finden, die krisensicher und hilfreich für alle Menschen in Österreich ist!

Die Republik Österreich steuert auf ein demografisches Chaos zu, das menschliche Tragödien zur Folge hat. Es betrifft eben nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch sehr viele Menschen im Alter, betagte Menschen, die ihre Kinder und Angehörigen vielleicht schon fünfzig Jahre lang pflegen. Wie will der Staat helfen, wenn in ein paar Jahren ein Notstand an Pflegekräften für betagte Menschen herrscht. Das ist 100% vorhersehbar! Soll das Geld dann ins Ausland fließen? Was passiert mit den Menschen, die helfen wollen? Sollen diese Menschen gratis arbeiten? Wie soll eine soziale, faire und gerechte Gesellschaft in Österreich aussehen?

Wir möchten, dass die 24h Pflege durch TirolerInnen gemacht werden kann und fair bezahlt wird. Wir möchten, dass die 24h Pflege regional gelöst wird. Verantwortung hin- und herzuschieben hilft den Betroffenen nicht!

Corona hat uns alle Demut gelehrt und was man wirklich braucht, wenn es hart auf hart kommt. Genau auf so eine Situation sollte man IMMER vorbereitet bzw. gerüstet sein. Regionale Pflege und regionale Versorgung ist das Gebot der Stunde!

Eltern, die ihre Kinder mit Behinderungen pflegen, leisten unbeschreiblich viel Arbeit. Man nennt diese Leistungen „Naturalleistungen“ und diese sind mit mindestens € 3.000,- / Elternteil / Monat zu bewerten. Im Falle einer Erbschaft schaut die Situation aktuell so aus, dass einem erbberechtigten Menschen mit Behinderung in jedem Fall nur maximal € 10.000,-- bleiben, da den Rest (egal wie viel das ist!) der Staat bekommt. Es darf also nicht sein, dass Geschwister in solchen Familien, die ohnehin schon auf sehr viel verzichten mussten und belastet wurden, das gesamte Erbe in dieser Form aufteilen müssen. Das ist nicht fair und auch nicht gerecht, sondern eine hochgradige Diskriminierung! Menschen mit Behinderungen, die nie im Berufsleben standen, also vor dem Eintritt ins Berufsleben erwerbsunfähig sind, erfahren aktuell genau diese Situation.

Dann gibt es noch das Thema: Persönliches Budget und Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz: Damit könnte so viel Gutes ermöglicht werden, wenn es einen barrierefreien Zugang zu dieser Leistung gäbe. Aktuell schiebt das Land Tirol nämlich die Verantwortung von sich auf das Sozialministerium Service ab und dieses verweist auf eine gnadenlos überforderte „Selbstbestimmt Leben Initiative“. Aufgrund der Monopolstellung gehen täglich Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen verloren... Die Verantwortlichen sitzen laut Mag. Reinhold Beer (SMS-IBK) angeblich in Wien... Das Gesetz würde PAA (Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz) mit dem TTHG (Tiroler Teilhabegesetz §11 Arbeit-Tagesstruktur) ermöglichen, trotzdem wird man aufgrund des Subsidiaritätsprinzips an das SMS (Sozialministerium Service) verwiesen... Anträge werden nicht bearbeitet.

Wenn man eine Behinderung ab 65 Jahren erwirbt, bekommt man auch keine Leistungen nach dem TTHG. Damit diese Missstände endlich aufhören, braucht es eine starke Lobbyarbeit, finanzielle und personelle Ressourcen in Tirol für Tirol.

Quellen: <https://AMB.ev.at> ; <https://ArGeANiT.ev.at> ; <https://Sozialbetreuung.tirol>